67. Jahrgang Nr. 259

Morgen-Ausgabe
Freitag, 6. Juni 1919

Berliner Volks-Zeitung

mit Täglichem Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung
und illustriertem Witzblatt ULK

Erscheint täglich zweimal, Sonntags nur morgens. Abonnementspreis in Groß-Berlin und vielen Orten der Provinzen Brandenburg, Pommern, Sachsen u. Herzogt. Anhalt 40 Pf. wöchentl. oder M. 1,75 monatl. Abonnementspreis bei Postbezug: monatl. M. 1,75 u. vierteljährlich M. 5,25. Insertionspreis die Zeile M. 1.— mit 30% Zuschlag, für Stellenangebote und Gesuche M. 1.— mit 40% Zuschlag. Familien-Anzeigen für Abonnenten 75 Pf. die Zeile; Kleine Anzeigen: das Wort 25 Pf., das fettgedruckte Wort 50 Pf. Zuschlag. – Abonnements u. Anzeigen nehmen auch die nebenstehend aufgeführten Filialen entgegen. – Redakt. u. Haupt-Exp.: SW. Jerusalemer Str. 48-49. Tel.: Zentrum Nr. 10181-10144; f. d. Fernverk. Nr. 14207-14209.
Chefredakteur: Otto Nuschke.

Filialen: Moritzpl., Köpenicker Str. 67-68, Wiener Str. 1-4, Frankf. Allee 286, Frankf. Allee 246, gr. Frankf. Str. 131, Greifenw. Str. 197, Schönh. Allee 144, Sonntagsnachl. 4, Pankow, Mühlenstr. 13, Prenzlauer Str. 51, Königsstr. 56-57, Reinickendorf, Str. 46, Rathenow, Str. 8, Turmstr. 21, Potsdam, Str. 33, Leipziger Str. 104, Zimmerstr. 90, Blücherstr. 69; Charlottenb.: Tiergartenstr. 4, Kantstr. 79, Steinplatz 8, Kdrpb. Str. 25-26, Kaiserstraße 20, Friedenau, Rheinstr. 19, Schöneberg: Grunewaldstr. 6, Hauptstraße 101, Lichtenberg: Frankf. Allee 84, Lichterfelde-West: Curiaustr. 1-2; Neukölln: Berliner Str. 41, Hermannstr. 84-86; Pankow: Borsbeiner Str. 7; Schmargendorf: Breite Str. 30; Schöneberg: Hauptstr. 23-24, Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 120; Tempelhof: Berliner Str. 147; Wilmersdorf: Uhlandstr. 53, Kaiserplatz 18; Brandenburg: Hauptstr. 4; Cöpenick: Schlossstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a, Niederwaldstraße; Luckenwalde, Str. 2; Potsdam: Brandenburger Str. 18, Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Paradeplatz 8.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Amerika und England gegen die Rheinrepublik.

Berlin, 5. Juni. (W. T. B.)

Die Amerikaner und Engländer haben jede Förderung der Losreißungsbestrebungen in den von ihnen besetzten Gebieten verboten und erkennen nur die jetzige deutsche Regierung an.

Seitens der Franzosen wird zur Unterstützung der Loslösungsbestrebungen in der Rheinprovinz gerüchtweise unter anderem verbreitet, daß nach erfolgter Ausrufung der Republik die Weinpreise amtlich auf den Friedenspreis festgesetzt werden würden, ebenso die Lebensmittelpreise, und daß der Markkurs sofort auf 1,25 festgesetzt werden würde.

Bamberg, 5. Juni.

Wie der Aeltestenrat des bayerischen Landtags mitteilt, wurde der bayerische Abgeordnete Klement (Kaiserslautern) als Versammlungsredner von den Franzosen verhaftet. Der Landtag protestiert gegen diesen Völkerrechtsbruch.

Frankfurt am Main, 5. Juni.

Der „Frankfurter Zeitung" zufolge wurde heute morgen in Wiesbaden der französischen Militärbehörde nochmals von allen Parteien, **mit Ausnahme des Zentrums,** eine Erklärung überreicht, in welcher schärfster Widerspruch gegen die von Unberufenen wider den Willen einer erdrückenden Mehrheit der Bevölkerung erfolgte Ausrufung der rheinischen Republik erhoben und betont wird, daß man die preußische Staatsangehörigkeit unter allen Umständen beizubehalten und lediglich die preußischen Staatsbehörden als rechtmäßige Träger des Staatsgedankens anzuerkennen entschlossen sei.

Das Ende der Regierung Dorten.

Wiesbaden, 5. Juni. (P. P. N.)

Dorten traf gestern nachmittag mit seinem Ministerium im Regierungsgebäude in Wiesbaden ein, um Besitz von der Regierung zu ergreifen und eine mitgebachte Fahne zu hissen. Der Vertreter des Regierungspräsidenten, Oberregierungsrat Springorum, widersetzte sich und protestierte bei den miterschienenen französischen Offizieren. Schließlich erschien der französische Kommandant von Wiesbaden, Oberstleutnant v. Linot, der nach längeren Verhandlungen endlich erklärte, daß er sich neutral verhalte. Darauf wurde die gesamte Regierung von einem Polizeikommissar in ein Auto verladen und aus der Stadt befördert. Während der Verhandlungen mit Dorten und seinen Anhängern drangen einige Leute der draußen harrenden Volksmenge in den Verhandlungsraum ein und schlugen einen der Ministerpräsidenten, einen Herrn Krämer, nieder. Die französische Behörde verhaftete vier dieser Leute, ließ sie später jedoch wieder frei, nachdem von französischer Seite die erwähnte Neutralitätserklärung abgegeben worden war. In Wiesbaden ist alles ruhig. Die Bevölkerung steht absolut auf Seite der alten Regierung. Die Komödie der rheinischen Republik hat damit wohl ihr Ende erreicht.

Berlin, 5. Juni. (W. T. B.)

An Stelle des ausgeschiedenen Regierungspräsidenten in Wiesbaden, v. Meister, hat dessen gesetzlicher Stellvertreter, Oberregierungsrat Springorum, die Dienstgeschäfte der Wiesbadener Bezirksregierung übernommen.

Darmstadt, 5. Juni.

Der Präsident der hessischen Volkskammer, Adelung, und die beiden Abgeordneten, die in Mainz verhaftet worden waren, sind heute hier eingetroffen. Sie waren gestern in das Gefangenenlager Worms gebracht, dann abends über die Rheinbrücke transportiert und dort ihrem Schicksal überlassen worden. Außer den Abgeordneten ist auch eine Anzahl ausgewiesener Lehrer hier eingetroffen. Alle beklagen sich schwer über die ihnen zuteil gewordene unwürdige Behandlung.

Der Berliner Vollzugsrat gegen das Todesurteil an Leviné.

In der am 5. Juni stattgefundenen Sitzung des Berliner Vollzugsrates wurde durch eine von den Loeb-Werken, Charlottenburg, gewählte Kommission dem Vollzugsrat folgende Resolution zur Kenntnis unterbreitet:

„Das Berliner Proletariat erhebt schärfsten Protest gegen die Verschleppung der Leiche Rosa Luxemburgs auf Befehl Noskes. Durch diese Tat drückt die Regierung sich selbst das Brandmal des Schuldbewußtseins auf die Stirn.

Die Versammelten verlangen: die Auslieferung der Leiche an die kommunistische Partei, damit sie mit revolutionären Ehren bestattet werde.

Das Proletariat Berlins brandmarkt das Todesurteil gegen Leviné, das erfolgt, nachdem schon hunderte Genossen den Münchener Regierungstruppen zum Opfer gefallen sind, als einen Akt politischer Rachsucht und Bestialität. Falls die Regierung das Urteil bestätigt, steht sie als politischer Mörder am Pranger der Geschichte.

Das Proletariat Berlins gelobt, nicht zu rasten und zu ruhen, bis das Regiment des weißen Schreckens, der Meuchelmorde, der politischen Morde, der Gerichtskomödien und des Leichenraubes zu Boden geworfen ist."

Leviné standrechtlich erschossen.

Das bayerische Gesamtministerium gegen Begnadigung.

München, 5. Juni.

Laut „München-Augsburger Abendzeitung" wurde das Todesurteil an Leviné-Nissen um die Mittagstunde vollstreckt.

Die Korrespondenz Hoffmann meldet amtlich:

„Das Gesamtministerium hat keinen Anlaß gefunden, die gegen Eugen Leviné vom standrechtlichen Gericht in München wegen Hochverrats erkannte Todesstrafe im Wege der Gnade zu mildern. Es kam zu seiner Entschließung nach eingehender und gewissenhafter Prüfung aller für und gegen eine Begnadigung sprechenden Umstände. Bei der Würdigung des Falles war vor allem die Gesamtverantwortlichkeit Levinés in Betracht zu ziehen, der die Hauptschuld daran trägt, daß es in München zum Bürgerkrieg gekommen ist, obwohl er nach seiner eigenen Erklärung in der Münchener Verhandlung sich vollständig darüber klar war, daß ein Obsiegen seiner Partei in dem bevorstehenden Kampfe gegen die Regierungstruppen ausgeschlossen sei. Leviné hat nachweisbar die Anhänger seiner Idee in den Tod getrieben, sich selber aber rechtzeitig vor dem Endkampf in Sicherheit gebracht. Durch ihn sind viele Familien nicht nur infolge der schweren wirtschaftlichen Schädigungen, sondern auch durch den Verlust der Ernährer in unsagbares Elend gekommen."

*

Auch wenn die Begründung des bayerischen Gesamtministeriums richtig wäre, so ist doch die sofortige Vollstreckung des Urteils ein schwerer Fehler. Der Rufe Leviné hat den blutigen Bürgerkrieg in München entfacht, entfacht gegen die Demokratie, obwohl eine Revolution gegen die Demokratie eine Absurdität ist und nur mit jenem kranken Wahn erklärt werden kann, der zu uns aus Rußland gekommen ist. Es ist kein Zweifel, er hat den Tod verdient, solange die Todesstrafe noch gesetzlich besteht. Aber das bayerische Ministerium hätte bei seiner Entscheidung die Gesamtlage im Reiche ins Auge fassen müssen. Ihm war bekannt, daß zu gleicher Zeit der Oberleutnant Marloh, der 32 unschuldige Matrosen erschießen ließ, durch die Lässigkeit der Behörden und der Regierung flüchten konnte, daß soeben noch die Mörder Liebknechts und Rosa Luxemburgs freigesprochen worden sind. In diesem Zusammenhange müßte ein verantwortliches Ministerium das Urteil prüfen. Und zum andern mußte es sich sagen, daß einmal doch mit dem „inneren Pazifismus" der Anfang gemacht werden muß. Welche Zeit wäre dafür geeigneter als die Tage, wo es um Deutschlands Existenz geht. Darum ist die Ablehnung der Begnadigung ein schwerer politischer Fehler der bayerischen Regierung, von dem leider auch Rückwirkungen im Reiche zu befürchten sind.

Noske an die Freiwilligenverbände.

Die Fälle Vogel und Marloh.

Der Reichswehrminister erläßt folgende Bekanntmachung an die Freiwilligenverbände:

Die Reichsregierung hat vor wenigen Tagen durch mich den Freiwilligenverbänden ihren Dank ausgesprochen und ihre fernere Unterstützung zusagen lassen. Keine Hetze wird sie veranlassen, die Treue der Freiwilligen um innere Ordnung und Reichsbestand zu vergessen. Sie erwartet aber als selbstverständliche Gegenleistung, daß die Freiwilligen, Offiziere wie Mannschaften, alles unterlassen, was der Regierung diese Anerkennung erschweren muß. Immer wieder kommen **Ausschreitungen** vor, welche die Truppen in ihrem eigensten und im Interesse der Gesamtheit durch Selbstdisziplin unterdrücken müssen. Die deutschen Freiwilligen sind keine Fremdensöldner, sondern Landeskinder im eigenen Haus.

Am schwersten zu verurteilen ist die feststehende Tatsache, daß **bei zwei Kapitalverbrechen, in den Fällen Vogel und Marloh,** es Angehörige der Freiwilligenverbände gewesen sein müssen, die den zwei mit schwerer Schuld Belasteten die Flucht ermöglicht haben. In beiden Fällen haben **Kameraden der Beiden mitgeholfen, die Sühne für Verbrechen zu vereiteln,** deren Ahndung das Rechtsempfinden des ganzen Volkes verlangt.

Die **Reichsregierung** wird im Einvernehmen mit den militärischen Führern **alles aufbieten, um diesen dunklen Machenschaften Einhalt zu tun** und die **Schuldigen zu bestrafen.** So wenig sie eine Verfehmung der Angehörigen der Truppe zuläßt, so wenig wird sie Rechtsbeugung dulden, weder unter Berufung auf eine politische Anschauung noch unter der Flagge der Kameradschaft. Sie hofft, die übergroße Mehrheit der Freiwilligen in diesem Kampfe um Recht und Gleichheit vor dem Gesetz auf ihrer Seite zu sehen.

Ein Ausweg ohne Unterzeichnung.

Von Graf Harry Keßler.

Der Korrespondent der „New York Times" telegraphiert seinem Blatte eine Unterredung mit dem früheren Gesandten der deutschen Republik in Warschau, Grafen Harry Keßler. Sie ist einmal interessant durch das, was sie über Polen sagt, über das Graf Keßler als besonderer Sachkenner sprechen kann; zweitens erhält sie Wert durch eine Anregung für den Fall, daß die Entente uns unerträgliche Friedensbedingungen aufzwingt: sie gibt einen Ausweg ohne Unterzeichnung an.

Die Redaktion.

„Wir dürfen den Vertrag von Versailles nicht unterzeichnen," sagte der Graf, „weil wir uns, wie auch der Feind, verpflichtet haben, nur auf der Basis von Wilsons vierzehn Punkten Frieden zu schließen; der Versailler Vertrag aber ist eine brutale Verleugnung jener vierzehn Punkte, oder doch eine grausame Verkehrung in ihr Gegenteil, die, mit unserer Unterschrift versehen, ein unvergängliches Zeugnis von Unehrlichkeit und Selbstschmähung darstellen würde, wie es einzig in der Geschichte der Welt ist und bleiben wird. Da wir aber hilflos in der Macht des Feindes sind, so müssen wir ihm antworten: „Obwohl wir nicht unterzeichnen können, ihr aber heute die Unmöglichkeit noch nicht einsehen könnt, so versprechen wir euch, unser Bestes zu tun, die uns auferlegten Bedingungen zu erfüllen, bis ihr endlich eingesehen habt, daß die Ausführung über alle menschlichen Kräfte geht." Ich will damit sagen: wir unterschreiben nicht, weil wir den Wunsch haben, einen unterschriebenen Vertrag auch zu halten, was hier aber nicht möglich wäre. Gleichzeitig sagen wir der Entente, daß wir uns aber ohne Unterschrift beruhigen werden, ehrlich die Forderungen des Siegers zu erfüllen, soweit es irgend geht. De facto versuchen wir also, den nicht unterschriebenen Vertrag auszuführen.

Das wäre ein Ausweg, der den Gegnern alle Verantwortlichkeit für etwaige weitere feindliche Maßregeln zuschieben, uns die Schmach der Unterschrift ersparen und zugleich Deutschlands dringenden Wunsch nach einer friedlichen Lösung vor aller Welt aufs klarste dartun würde.

Dieser Versailler Friede kann unmöglich von Halt sein. Er erinnert mich an einen bekannten Varieté-Artisten, der 25 bis 30 Personen auf die Bühne zu rufen pflegte, um sich von ihnen festbinden zu lassen. In einigen Sekunden hatte er sich wieder befreit. Ich fragte ihn nach der Vorstellung, weshalb er so vieler Leute benötige, um ihn zu binden. „Zwei oder drei Personen", war seine Antwort, „könnte es vielleicht gelingen, mich wirklich so fest zu binden, daß ich mich nicht selbst befreien könnte, dreißig Personen aber werden die Sache sicher so verpfuschen, daß Befreiung stets ein leichtes sein wird." So ist's mit diesem Vertrag von Versailles, in dem mehr als die Hälfte der Nationen der Welt die Deutschen für ewig zu binden hoffen.

Was nun das von der Entente geschaffene Polen betrifft, so muß ich, der die größten Sympathien für die Polen hat, denen recht geben, die in dieser tollen Schöpfung der Feinde bereits den ersten Anstoß für den baldigen Zusammenbruch des ganzen Friedensgebäudes sehen. Um bei dem Bilde von dem Varieté-Artisten zu bleiben: Hier sind falsche Knoten gemacht worden, die sich beim ersten starken Ruck auflösen müssen. Kunterbunt hat man im neuen Polen die Nationen zusammengewürfelt. Nur fünfzehn Millionen echte Polen sollen über ein Reich von vierzig Millionen herrschen, über Deutsche, Juden, Ruthenen, Weißrussen, Litauer und Letten, alle Polens Erbfeinde, die man gewaltsam in Polens neuem Hause zusammenpferchen will, ohne zu bedenken, daß alle diese sechs Nationen vom ersten Tage ab an Polens Untergang von innen arbeiten werden. Polen muß deshalb von vornherein mit einer Politik der Unterdrückung beginnen und wie das alte Ungarn eine aristokratisch-militaristische Kaste züchten. Außerdem ist dieses Polen, das keine natürlichen Grenzen hat, zwischen zwei große Mächte, Rußland und Deutschland, eingekeilt, von denen beide es große und heftig sich sträubende Teile absorbiert hat. Diese beiden Mächte werden, dem Drange der neuen Zeit folgend, Arbeitern und Bauern, den breiten Massen die weitgehendsten Zugeständnisse machen, während Polen jeden Heller seiner Einkünfte für seine Macht, das heißt sein Militär, ausgeben muß und nichts für soziale Reform übrig haben wird. Ich weiß aus Entente-, nicht aus deutschen Quellen, daß polnische Arbeiter in Westpreußen und Oberschlesien sich heute schon in Massen weigern, polnisch zu werden, weil sie die hohen deutschen Löhne und andere Privilegien der Arbeiter in der deutschen Republik nicht verlieren wollen. Persönlich möchte ich nichts lieber, als ein gesundes, blühendes Polen als Nachbarn Deutschlands; beide Länder könnten einander wirtschaftlich und auf anderen Ge-